

Normative, theoretische und praxeologische Defizite der Friedensforschung am Beispiel der Konfliktprävention

Die Friedens- und Konfliktforschung (FKF) hat das Potential, einen Kernbereich der Internationalen Beziehungen (IB) theoretisch und empirisch zu stärken und dominante Ansätze zu hinterfragen. Jener Strang der FKF der versucht, nicht nur Forschung über sondern auch für den Frieden zu betreiben, könnte zudem helfen, die Konzentration in der IB auf »paper problems« entgegenwirken. Der Beitrag legt anhand der internationalen Forschung zur Konfliktprävention dar, dass dieses Potential nur unzureichend eingelöst wird. Es werden normative, theoretische und praxeologische Defizite aufgezeigt, die eng miteinander verbunden sind und zum Teil auf eine mangelnde Rezeption von Erkenntnissen der Intelligence Studies und Security Studies zurückzuführen sind. Glaubwürdige Forschung für den Frieden muss sich stärker der eigenen »biases« in der Wahrnehmung von Problemen bewusst sein, normative und praxeologische Zielkonflikte von Friedenspolitik stärker reflektieren sowie bei der Anstrengung ihrer Ziele stärker zwischen wissenschaftlich belegbaren Erkenntnissen und legitimen Debatten über Prioritäten, Werte und Risikoverteilung unterscheiden.

1. Einleitung

Driften die Friedens- und Konfliktforschung (FKF) einerseits und die Internationalen Beziehungen (IB) andererseits auseinander?¹ Die Beantwortung der Ausgangsfrage des Symposiums wird von unterschiedlichen Verständnissen der Friedensforschung erschwert. Für die einen ist sie in erster Linie ein Teilbereich der IB, der sich traditionell auf Erforschung der Bedingungen von Krieg und Frieden konzentriert, sich aber in den letzten Jahrzehnten stark ausdifferenziert hat und heute ein weitaus grösseres Spektrum von Fragen bearbeitet. Für andere ist die FKF ein eigenes Projekt, das zwar mit der IB-Forschung in einigen Fragen überlappt, sich aber dennoch in seiner Interdisziplinarität und vor allem in seiner normativen Gestaltungsabsicht von den IB im klassischen Sinn unterscheidet.² Als zumindest nominales Mitglied der Fakultät für Kriegsstudien (*War Studies*) und mit Europäischen

1 Der Beitrag greift auf Forschungserkenntnissen aus dem vom Europäischen Forschungsrat geförderten Foresight-Projekt zurück (ERC Grant Nr. 202022). Der Autor dankt Eva Strickmann und Florian Otto für redaktionelle Hilfe und inhaltliche Anmerkungen sowie den Herausgebern, GutachterInnen und RedakteurInnen der ZIB für Verbesserungsvorschläge.

2 Siehe die unterschiedlichen Bewertungen zur Identität der FKF von Harald Müller und Tanja Brühl in diesem Heft, festgemacht insbesondere an der Notwendigkeit, Forschung für den Frieden zu betreiben.

Studien als meiner ursprünglichen Heimatdisziplin kann ich nur wenig zu dieser Selbstverständigungsdebatte beitragen. Angesichts des weitgehenden Konsenses der anderen Autoren in Bezug auf die Ausgangsfrage des Auseinanderdriftens, sehe ich die Aufgabe meines Beitrags darin, aus einer gewissen Aussenperspektive heraus zu untersuchen, ob die Friedens- und Konfliktforschung auf einem »gutem Weg« ist, ob sie zentrale Fragen überzeugend beantwortet und ob sie hinreichend offen ist für Erkenntnisse und Perspektiven, die gemeinhin in den klassischen IB und ihren Teilbereichen angesiedelt sind. Mein Beitrag bezieht sich ausschliesslich auf jenen Strang der FKF, der den Anspruch erhebt, Forschung *für* den Frieden zu betreiben. Konstitutiv ist hier nicht nur eine mehr oder weniger ambitionierte normative Grundorientierung – von gewaltfreier Konfliktregelung bis zum gerechten Frieden –, sondern auch das Bestreben, zu der politischen Realisierung dieser Ziele aktiv beizutragen. Hier besteht ein grundsätzlicher Unterschied, der in der deutschen *community* auch kontrovers diskutiert wird.

Jede wissenschaftliche Disziplin oder jedes Forschungsprogramm muss Prioritäten setzen und entscheiden, was wichtig und erstrebenswert ist. Gerade das Weglassen und Abgrenzen schafft Kohärenz und Fokus. Meine unsystematische Beobachtung ist, dass es der IB-Forschung auf einem zunehmend unübersichtlichen und ausdifferenzierten Publikationsmarkt immer schwerer fällt, kohärente Debatten zu organisieren und es eine Tendenz gibt, Konflikten über die Bewertung von Politikintentionen und Folgen aus dem Weg zu gehen. Die FKF könnte angesichts ihres deutlich engeren Gegenstandsbereichs und ihrer normative Grundorientierung dazu beitragen, einen Kernbereich der IB theoretisch und empirisch zu stärken und gleichzeitig dominante Ansätze in den IB zu hinterfragen. Michael Brzoska (2012) hat am Beispiel von Konzepten wie *human security* und theoretischen Ansätzen wie dem Konstruktivismus argumentiert, dass die Friedensforschung der IB bisweilen voraus war, es aber an einer gründlicheren theoretischen Ausarbeitung mangelte. Die historische Entwicklung der Friedensforschung in Abgrenzung von dominanten Strömungen der IB und insbesondere den *Security and Strategic Studies* sowie ihre normative Grundorientierung bergen jedoch das Risiko, dass theoretische und normative Impulse aus diesen und anderen, angrenzenden Gebieten nicht ausreichend aufgenommen werden. Eines meiner Kernargumente ist, dass es Anzeichen dafür gibt, dass die FKF unter normativen Scheuklappen leidet, in ihrer Praxisrelevanz hinter eigenen Ansprüchen zurückbleibt und wichtige theoretische Erkenntnisse aus Teilbereichen der IB nicht angemessen rezipiert. Diese Argumente beziehen sich explizit auf die Grundtendenz der internationalen Forschung im Bereich der Frühwarnung und Konfliktprävention (*Early Warning and Early Response*), die Hauptbezugspunkt eines vom Europäischen Forschungsrat geförderten Forschungsprojekts war (Foresight 2012; Meyer et al. 2010). Ob diese Beobachtungen für die deutsche FKF in ihrer Gesamtheit zutreffen, möge der Leser aus der Lektüre der anderen Symposiumsbeiträge sowie aus der eigenen Anschauung heraus selbst beurteilen.

2. Frühwarnungen und Konfliktprävention als typische Friedensforschung

Während die Forschung zur strukturellen Konfliktprävention weit zurückgeht, ist das Interesse an operationeller Konfliktprävention ein Kind der 1990er Jahre und eng mit dem Aufkommen ethnischer Konflikte, Vertreibungen und Völkermord in Europa und Afrika nach Ende des Kalten Krieges verbunden. Es war vor allem die Wahrnehmung des Scheiterns von Konfliktprävention in Jugoslawien und Ruanda, weniger als ihre Erfolge in den Baltischen Staaten, Ungarn oder Mazedonien, die den Anstoß gaben, die Aufmerksamkeit auf kurzfristige oder operationelle Maßnahmen zur Gewaltvermeidung zu lenken. Die Impulse kamen nicht zuletzt aus der Praxis, angefangen mit der Gründung der Nichtregierungsorganisation *International Alert* im Jahr 1985, über Boutros Boutros-Ghalis *Agenda for Peace* aus dem Jahr 1992, dem großangelegten und praxisnahen Forschungsprogramm der *Carnegie Commission for the Prevention of Deadly Violence* und schließlich der *Responsibility to Protect*, die ebenfalls einen Schwerpunkt auf Prävention setzt.³ Ausgewiesene Wissenschaftler wie Alexander George, Peter Wallensteen, William Zartman, Bruce Jentleson, David Carment, Ted Gurr, Barbara Harff und Tobias Deibel trugen zu der Debatte ebenso bei wie Grenzgänger zwischen Praxis und Wissenschaft – insbesondere Kumar Rupesinghe, Michael Lund, Susanne Schmeidl, Patrick Meier, Albrecht Schnabel, David Nyheim, Lawrence Woocher und Paul Stares. Einige der Protagonisten könnte man schwerlich dem Bereich der FKF allein zuordnen (wie etwa Stares, George oder Jentleson, die sich wohl vornehmlich als »IBler« definieren würden), während andere in einschlägigen Zeitschriften publizieren und sich dort vor allem mit der Kriegsursachenforschung auseinandersetzen (Peter Wallensteen, Frida Möller, Bill Zartman, Magnus Öberg, Barbara Harff, Sean O'Brien). Doch sie alle einigen zwei Annahmen: zum einen das kurzfristige Ziel der Vermeidung gewalttätiger Konflikte und ihrer vielen Folgen (anstatt des Konfliktmanagements sowie der Stabilisierung und Beilegung), zum anderen die Annahme, dass es zur Erreichung des Ziels guter Frühwarnungen bedarf, um politische Entscheidungsträger in die Lage zu versetzen, frühzeitiger zu lernen und angemessene Prioritäten bei der Vorbereitung und Durchführung entsprechender – möglichst ziviler – Maßnahmen zu setzen. Es geht folglich um den Anspruch, durch wissenschaftlich robuste Forschung bessere Bedingungen für die Vermeidung von Krieg und die Schaffung nachhaltigen Friedens herzustellen. Da die zeitliche Abfolge und Wahrscheinlichkeit des präventiven Handels zudem stark von der Verfügbarkeit, den Kosten und der Effektivität verschiedener Instrumente und Strategien abhängt, gibt es eine Reihe von Berührungspunkten zu verschiedenen Teilbereichen der FKF wie etwa Mediation und präventive Diplomatie. Sowohl empirisch-theoretisch als auch normativ kann das Forschungsprogramm der Frühwarnung zur Konfliktprävention somit als ein typisches Betätigungsfeld der normativ orientierten und politisch engagierten FKF verstanden werden. Dies zeigt sich im deut-

3 Wichtige Werke sind Carment/Schnabel (2003); Clarke (2005); George/Holl (1997); Harff/Gurr (1998); Lund (2002); Matveeva (2006); Nyheim (2009); Wallensteen (1998).

schen Kontext an der tatkräftigen und erfolgreichen Werbung für die Verabschiebung des »Aktionsplans zivile Krisenprävention« von 2001, bei der Mitwirkung führender Forscher im Beirat und der deutlichen Kritik angesichts seiner mangelnden Umsetzung und politischen Marginalisierung (Debiel/Fischer 2001; Matthies 2000; Stengel/Weller 2010). Eher untypisch für die internationale Forschung ist die überwiegende begriffliche Verengung der deutschen FKF auf *zivile* Konfliktprävention und die damit einhergehende Ablehnung militärischer Mittel und Akteure als irrelevant oder überwiegend schädlich (Müller 2000; Weller 2008).

3. Das normative Defizit

Um etwaigen Missverständnissen gleich zu Beginn vorzubeugen, möchte ich betonen, dass ich das normative Anliegen der Förderung der gewaltfreien Konfliktbearbeitung innerhalb und zwischen Staaten ausdrücklich als eine Stärke der FKF sehe. Dies gilt umso mehr, da sich die klassische IB-Forschung stärker für kausale Erklärungen von Politiken und Institutionen interessiert, als für die spezifischen Folgen und die Bewertung politischen Handelns, insbesondere wenn dabei die Perspektive der (nicht-westlichen) Opfer von Gewalt systematisch eingenommen werden soll. Das Problem der Friedensforschung ist allerdings, dass es ihr leichter fällt darzulegen, von was sie sich abgrenzt, als normativ zu begründen, was politisch angestrebt wird. Im Fall der operationalen Konfliktprävention zeigt sich exemplarisch, dass Gewaltvermeidung kein normativ absolutes Ziel darstellt (Meyer et al. 2010). Maßnahmen der Konfliktprävention erfordern politische Abwägungsprozesse aus mehreren Gründen. Zum einen wird präventives Handeln durch Internationale Organisationen (IOs) oder Drittstaaten von Konfliktparteien leicht als Parteinaahme wahrgenommen und kann somit scheitern und die Lage vor Ort verschlimmern. Darüber hinaus kann sie legitime Anliegen von jahrelang unterdrückten Bevölkerungsgruppen untergraben. Diese sind unter gewissen Umständen bereit, ihr Leben für das Erreichen bestimmter Ziele zu opfern, die auf anderem Wege nicht oder bestenfalls nur sehr langfristig zu erreichen sind. Präventive Maßnahmen wirken nicht nur in dem betroffenen Land oder der Region, sondern senden auch immer Signale an Konfliktparteien in anderen Ländern aus: Der Erfolg in einem Fall kann somit das Risiko von Gewalt in anderen Ländern deutlich erhöhen, wenn Gruppen glauben, durch bestimmte Handlungen die Einflussnahme von externen Akteuren provozieren zu können (*moral hazard*). Schließlich werden all diese Fragen von dem Grundproblem epistemischer Unsicherheit dahingehend beeinflusst, ob, wann und mit welchen Auswirkungen ein gewalttätiger Konflikt ausbricht. Da sowohl politische Aufmerksamkeit als auch Ressourcen für effektives Handeln begrenzt sind, müssen politische Akteure beurteilen, welche Warnungen inhaltlich glaubwürdig und politisch wichtig genug sind, um priorisiert zu werden. Der weitverbreitete Ruf nach mehr, früherer und besserer Konfliktprävention ist zwar in der Gesamtschau und im Vergleich zu der Bilanz der Maßnahmen des Konfliktmanagements normativ gerechtfertigt, doch es bedarf in jedem konkreten Fall eines Abwägungsprozes-

ses gegenüber anderen Zielen und Risiken.⁴ Zwar gab es vereinzelt Kritik am »overselling of conflict prevention«, aber es gab in der Literatur kaum einen Versuch, systematisch das Ziel der Gewaltvermeidung mit anderen legitimen Zielen unter verschiedenen Bedingungen zu vergleichen.⁵ Generell gibt es in der IB ein grösseres Verständnis für das tatsächliche Umfeld politischer Entscheidungen und insbesondere für Zielkonflikte und nicht-intendierte Folgen des Handelns als in der FKF.

Die Forschung in diesem Bereich hat jedoch nicht nur ein Problem mit Zielkonflikten unter Bedingungen von Unsicherheit, sondern schenkt auch der Frage nach den »guten Wegen« zu wenig Aufmerksamkeit. Was ist eigentlich wissenschaftlich belastbares Wissen und was sollten politische Entscheidungsträger von der Forschung generell und Frühwarnungen im Besonderen »lernen«? Einerseits wird staatliche Politik im Sinne von *do no harm* kritisiert, andererseits sollten Staaten und diejenigen internationalen Organisationen, in denen sie mitsteuern, auch dem Frieden dienliche Ziele verfolgen, etwa in der Konfliktprävention. Friedensforscher formulieren einerseits den Anspruch, dass relevante Akteure ihren vielfältigen Empfehlungen folgen sollten, um Konflikte frühzeitig zu vermeiden, fordern die prioritäre Ausrichtung von Außenpolitik auf Friedenspolitik und die Schaffung eines üppig ausgestatteten Präventions-Ministeriums (Müller 2000). Insofern sich ihre Empfehlungen an staatliche Akteure in Demokratien richten, stellt sich jedoch das Grundproblem, dass auch präventives Handeln in der Außenpolitik politisch legitimiert werden muss und sich politisch Handelnde dabei naturgemäß an tatsächlichen oder wahrgenommenen Wählerinteressen orientieren.

Das Problem hier ist nicht nur, wie oben beschrieben, dass das Ziel der Konfliktprävention kein absolutes ist, sondern auch, dass es überaus schwierig ist, aus erfolgten Frühwarnungen zu lernen. Tatsächlich jedoch dominiert im Bereich der Frühwarnung und Konfliktprävention ein stark technokratisches Verständnis von politischem Handeln und die damit verbundene Erwartung, dass die Politik doch bitte auf Empfehlungen der Friedensforschung hören solle. Es wird gern von »gut bestückten Werkzeugkästen« gesprochen, aus denen sich dann der kompetente Politiker bedienen muss, um in geschickter Kombination das Problem zu lösen. Wenn Konflikte ausbrechen, liegt aus der Sicht der Friedensforschung auch immer ein Versagen der Politik vor, die auf angeblich viele und gute Warnungen nicht reagiert habe oder sie gar mutwillig aus Eigeninteresse ignoriert habe. Diese Schlussfolgerungen sind in verschiedenen Fällen durchaus gerechtfertigt, doch besteht die Gefahr, dass moralische Entrüstung über die Auswirkungen von Gewalt fragwürdige wissenschaftliche Erkenntnisse über deren Ursachen und vor allem ihre Vorhersehbarkeit und Vermeidbarkeit produziert. Warnungen beinhalten eben nicht nur eine quasi-wissenschaftliche Aussage über die Wahrscheinlichkeit eines Ereignisses (die Wissensbehauptung), sondern eben auch Beurteilungen über die relative Bedeutung

4 Ein Modell dazu findet sich in Meyer et al. (2013); erstmalig auch Meyer et al. (2010: 563–566).

5 Zu den Ausnahmen gehören Kuperman (2008); Stedman (1995).

dieses Ereignisses (Prioritätsbehauptung) sowie – implizit oder explizit – eine Aufruforderung zur Veränderung des politischen Handelns in eine bestimmte Richtung (Handlungsbehauptung).⁶ Zumindest die letzten beiden Behauptungen sind jedoch kausal-wissenschaftlich nicht belegbar, sondern müssen in den Kontext einer öffentlich politischen Debatte über Werte und Risikoverteilung in Demokratien gestellt werden.

Gerade durch ihre normative Grundorientierung könnte die Friedensforschung zu dieser Debatte beitragen, sofern sie sich dem Spannungsfeld widerstreitender Werte und wissenschaftlicher Unsicherheit nicht entzieht. Tatsächlich aber ist ein großer Teil der Literatur voll von Schuldzuweisungen an politische Akteure, die angeblich »glaubwürdige Wissensbehauptungen« ignoriert hätten. Leider fehlt der Forschung in diesem Bereich eine normativ klare Vorstellung davon, wie Politik eigentlich mit Wissen und Expertise umgehen sollte. Es müsste also im Sinne von Alexander George der Frage nachgegangen werden, was *process performance* in der Außenpolitik ausmacht. Hinzu kommt, dass es die Literatur in diesem Bereich versäumt, genauer zu erläutern, wo die wissenschaftliche Wahrheit auffhört und wo das politische Ringen beginnt. Das heißt keinesfalls, dass Wissenschaftler sich nicht auch zu Wertfragen zu Wort melden dürfen. Dennoch sollten sie doch im Interesse der eigenen Glaubwürdigkeit hinreichend deutlich machen, an welcher Stelle ihre Empfehlungen auf empirisch-fundierten Gesetzmäßigkeiten basieren und wann Wissenschaftler als *norm entrepreneurs* auftreten. In der IB-Forschung gibt es eine größere Skepsis bezüglich der Frage, inwieweit es wissenschaftlich angeraten und möglich ist, zu definieren, wie und wann und mit welcher Zielsetzung zu handeln ist. Leider hat die berechtigte Skepsis gegenüber technokratischen Lösungen dazu geführt, dass die wertegeleitete Untersuchung der Effektivität von Politik zunehmend aus dem Auge verloren wurde.

4. Das Verständnisdefizit

Jedes Forschungsprogramm besteht nicht nur aus einer Bündelung bestimmter Fragen und Methoden, sondern ist auch ein soziales Gefüge, dessen Mitglieder meist gewisse Werteorientierungen teilen: ein Interesse an Umweltschutz, die Wertschätzung bestimmter Kulturen und Religionen, der Glaube an die europäische Einigung oder eben den Frieden. Diese gemeinsamen Werte können in Verbindungen mit Wissensvorteilen eine *epistemic community* begründen, die, wie im Bereich der internationalen Umwelt- und Klimapolitik, durchaus Einfluss auf politisches Handeln haben kann. Das Problem ist allerdings, dass diese gemeinsamen Werteorientierungen zu sogenannten *motivated biases* führen, also zu kognitiven Vorlieben wie auch Widerständen gegenüber solchen Erkenntnissen, die diese Werte in Frage stellen könnten (Jervis 2008; Jervis 1976; Woocher 2008). Dies gilt insbesondere dann,

6 Für eine Diskussion der verschiedenen Elemente von Frühwarnungen siehe Brante (2011); May/Zelikow (2006).

wenn eine Forschergemeinschaft politischen Einfluss gewinnt oder aber sich gegenüber Gegnern behaupten muss. So wurden in der Klimaforschung Erklärungen, die den anthropogenen Treibhauseffekt in Frage stellen, kaum mehr weiter verfolgt und finanziell gefördert. So wurden auch von den Nahost-Studien islamistische Tendenzen vor dem 11. September 2001 ignoriert und diesbezügliche Beobachtungen als Islamophobie diffamiert. Des Weiteren haben die Europäischen Studien die Risiken der Währungsunion und die mangelnde demokratische Legitimation des Verfassungsvertrags unzureichend problematisiert.⁷ Zwar kann man der FKF eine größere Skepsis und Distanz gegenüber staatlicher Macht zu Gute halten, aber zumindest im Bereich der kurzfristigen Konfliktprävention sind unserer Forschungsgruppe zwei Erkenntnisdefizite aufgefallen, die zumindest mittelbar auf das Bestreben der FKF nach ideeler Abgrenzung zurückzuführen sind.

Zum einen wurde schnell deutlich, wie wenig die Erkenntnisse aus dem Bereich der *Intelligence Studies* in der einschlägigen Friedensforschung zur Konfliktprävention rezipiert wurden (mit einigen Ausnahmen wie Lawrence Woocher's Arbeit), obwohl sich Autoren wie Robert Jervis, Richard Betts, Roberta Wohlstetter, Or Honig, Ephraim Kam oder Ariel Levite auf empirisch wie theoretisch hohem Niveau schon seit den 1960er Jahren mit der Frage auseinander gesetzt haben, wie Bedrohungen vor ihrer Manifestierung erkannt und unter welchen Umständen Warnungen von Entscheidungsträgern wahrgenommen werden können. Die Ursache dieser mangelen Rezeption liegt keinesfalls in der mangelen Qualität der Forschung, sondern ist ohne Zweifel im Argwohn gegenüber dem Bereich der *Intelligence Studies* als angeblicher »Dienstwissenschaft« des imperialistischen oder doch zumindest im negativen Sinne realpolitisch orientierten Staates zu suchen.⁸ Als Folge dieses Wahrnehmungsdefizits trifft man in der betreffenden FKF-Literatur immer wieder auf vollkommen unrealistische Annahmen zu politischen Entscheidungsprozessen und ihrer Rationalität und damit verbunden auch auf eine Unterschätzung der kognitiven Probleme, halbwegs solide Vorhersagen zu dem Auftreten gewaltamer Konflikte zu produzieren. Dies wird insbesondere bei der Forschung nach den Ursachen humanitärer Katastrophen deutlich, für die der Völkermord in Ruanda im Jahr 1994 exemplarisch stehen kann. Während es in den *Intelligence Studies* ein hohes Bewusstein für die verfälschende Wirkung des *hindsight bias* (also des Rückschau-Fehlers) bei sogenannten *postmortems* gibt, wurden eine Reihe von Studien zu Ruanda Opfer genau dieses Effekts. Florian Otto hat anhand umfassender und detaillierter Rekonstruktion aller heute zugänglichen Dokumente gezeigt, dass es entgegen der weitverbreiteten Ansicht in der Literatur keine ausreichenden Warnungen vor dem Genozid gab (Meyer et al. 2013). Stattdessen wurden in der einschlägigen Literatur Indikatoren und vage Berichte zu glaubwürdigen Warnungen uminterpretiert, um damit die These vom Eigeninteresse-geleiteten Versagen der Politik zu untermauern. Auch eine der einflussreichsten Studien von William

7 Siehe beispielhaft die Studie von Czwarno (2006).

8 Siehe Woocher (2011) zum Verhältnis zwischen Konfliktanalyse in der FKF und Frühwarnungen im Bereich der *Intelligence Studies*.

Zartman (2005) zu »missed opportunities« überschätzt systematisch die Verfügbarkeit und Qualität von Frühwarnungen, worunter letztlich ihre wissenschaftliche Glaubwürdigkeit leidet.

Eine letzte Wahrnehmungslücke bezieht sich auf das Studium des Krieges, beziehungsweise der Anwendung von Waffengewalt im weiteren Sinn. Friedensforschung sollte nicht dann enden, wenn Gewalt ausgebrochen ist. Tatsächlich beschränkt sich die Forschung zur Konfliktprävention meist auf die Zeit vor Ausbruch der Gewalt. Des Weiteren findet man gerade in der deutschen Literatur eine mehr oder minder starke Ablehnung von militärischen Akteuren und Mitteln in der Konfliktprävention. Zwar wird zugestanden, dass sich die Forschung nicht »abhalten lassen [sollte], etwa die Praxis der zivil-militärischen Zusammenarbeit im Zusammenhang der Zivilen Konfliktbearbeitung präzise zu untersuchen« und auch ist »militärisches Personal nicht prinzipiell ungeeignet [...], zu ziviler Konfliktbearbeitung beizutragen«, doch das ob und wie wird zur »empirischen offenen Frage« deklariert, die nur schwer mit grundsätzlichen Vorbehalten gegenüber dem militärischen Apparat und seinen Eigeninteressen konkurrieren kann (Weller 2007: 71). Daher liegt es nahe, die Frage zu stellen, ob nicht auch in der Friedensforschung insgesamt der theoretische Anspruch, die Logik des Krieges und seiner handelnden Akteure verstehen zu wollen, uneingelöst bleibt. So sehr Teilbereiche der *War Studies* für das fehlende Hinterfragen der Wirkungen des eigenen Tuns kritisiert werden können, so nützlich sind sie dennoch mit ihren Erkenntnissen zu den verschiedenen Logiken der bewaffneten Auseinandersetzungen, dem Zusammenspiel von Strategie, militärischer Planung und Taktik vor Ort, dem Einfluss situativer Faktoren und der Innovation sowie dem Wissen über die genauen Möglichkeiten und Grenzen verschiedener militärischer Instrumente und Akteure. Die Friedensforschung könnte sowohl wissenschaftlich als auch in ihrer Glaubwürdigkeit in der öffentlichen Debatte von einer stärkeren Öffnung gegenüber dieser Forschung profitieren, indem sie ihre klare Wertorientierung mit mehr fachlicher Kompetenz zu den Gesetzmäßigkeiten bewaffneter Konflikte anreichert. Es wäre sogar denkbar, dass ein besseres Verständnis auch zu besserer Überzeugungsarbeit beitragen könnte, etwa bei der Nutzung nachrichtendienstlicher Ressourcen für Frühwarnungen, der Expertise für Planung und schnelle Reaktion oder auch bei der besseren Verankerung von friedenspolitischen Zielsetzungen in Sicherheitsstrategien und Weißbüchern.

5. Das praxeologische Defizit

Eine der Thesen der Symposiumsorganisatoren lautete, dass die IB stärker selbstbezogene theoretische Debatten führe (*paper problems*), während es in der Friedens- und Konfliktforschung einen stärkeren Bezug auf praxisrelevante Fragen (*real problems*) zur Entstehung und Beilegung gewaltsamer Konflikte gäbe. Zwar ist Praxisrelevanz *per se* kein notwendiges Qualitätskriterium für wissenschaftliche Forschung – oder sollte es zumindest nicht sein –, es ist jedoch problematisch, wenn

Teile der Forschung mit diesem Anspruch antreten, ihn aber nicht einlösen. Wissenschaftliche Publikationen im Bereich Frühwarnung und Konfliktprävention haben einen außergewöhnlich starken Praxisbezug, nicht zuletzt deshalb, weil eine Reihe maßgeblicher Autoren gleichzeitig an globalen, regionalen oder lokalen Frühwarnsystemen mitgearbeitet haben oder zumindest beratend tätig waren. Leider sind viele dieser Systeme an ihren eigenen und vor allem den Ansprüchen ihrer Geldgeber gescheitert und sind nicht mehr aktiv, wie etwa das FAST-System von Swisspeace, und oder das *Forum on Early Warning and Early Response* (FEWER). Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, die im Einzelfall unterschiedlich sein können. Ein Grundproblem vieler dieser Systeme war jedoch die Überbetonung des analytischen Elements – quantitative und qualitative Indikatorenbildung, Modellierung, Ereignisberichterstattung –, während weniger intellektuelle Energie in qualitative Analysen und das genaue Verständnis der Konsumenten und Geldgeber investiert wurde: Wer will welche Art von Frühwarnungen wann und zu welchem Zweck? Hat der Empfänger dieser Warnungen die Instrumente und politische Kompetenz, um frühzeitig zu handeln? Welche spezifischen Folgen von gewalttätigen Konflikten sind für verschiedene Nutzer eigentlich relevant und durch wen muss welche Art von Wissen vermittelt werden, um bei einem spezifischen Empfänger auch Gehör zu finden und Einstellungen zu verändern? Diese Fragen wurden in der ersten Generation der Forschung unzureichend beantwortet und Praxisrelevanz wurde gewissermaßen aus der Sicht der Experten für Konfliktursachen, nicht der politisch Handelnden verstanden.

Die Verengung des *warning-response-problems* auf bessere Vorhersagen von Konflikten findet sich auch in der stark positivistisch orientierten Literatur in den einschlägigen internationalen Zeitschriften, die aufgrund von »large-n-studies« versuchen, statistisch signifikante Aussagen über die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, staatlicher Instabilität, Genozid oder Politizid zu treffen.⁹ Diese Forschung ist theoriegeleitet und wissenschaftlich überaus ertragreich, aber es ist leider sehr zweifelhaft, ob bessere Modelle zur Konfliktvorhersage einen deutlichen Beitrag zu besserem oder früherem Handeln leisten können. Die Kriegsursachenforschung hat es versäumt, trotz des immer wieder formulierten Anspruches praxisrelevant zu sein, genauer zu untersuchen, welche Art von Vorhersagen eigentlich entscheidungsrelevant sind sowie welche Methoden und Quellen aus der Sicht verschiedener Entscheidungsträger glaubwürdig sind. Die Beantwortung dieser Frage ist jedoch nicht mit quantitativen Studien möglich, sondern erfordert akteursbezogene Forschung durch Interviews, Umfragen, Diskurs- und Dokumentenanalyse sowie Process-Tracing von Warning-Response-Prozessen. Diese Art der Forschung zeigt, dass es bei politiknahen Experten und Beamten grosse Vorbehalte gegenüber den Produkten quantitativ-orientierter Frühwarnsysteme gibt. Weitere Ergebnisse dieser Forschungsmethoden sind, dass die Wissensbehauptungen von Warnungen in Bezug auf die verschiedenen Konsequenzen von Konflikten und ihrer zeitlichen Aus-

9 Gleditsch/Ward: (2010); Goldstone et al. (2010); Harff (2003); Hegre/Sambanis (2006); O'Brien (2002).

dehnung oftmals zu vage sind, dass es den meisten Quellen von Warnungen infolge des Fehlens einer klaren Vorhersagebilanz an Glaubwürdigkeit mangelt und dass Dialogstrukturen zwischen Experten und Entscheidungsträgern innerhalb von Bürokratien schlecht funktionieren. Die meisten Entscheidungsträger vertrauen einigen wenigen, ihnen bekannten Beratern mit zumindest teilweise zweifelhafter fachlicher Qualifikation, Analysen bestimmter Journalisten in Zeitungen oder aber im günstigsten Fall der *International Crisis Group*, die sich allein mit qualitativer Arbeit über die Jahre hinweg zum einflussreichsten, wenn auch etwas späten Warnorgan entwickelt hat (Meyer et al. 2011). Aus normativer Sicht ließe sich auch die Verengung von Frühwarnungen auf staatliche Entscheidungsträger in westlichen Ländern hinterfragen, die wenig oder gar keinen Raum dafür lässt, nicht-staatliche Akteure vor Ort oder die potentiellen Opfer von ethnischer Gewalt zu warnen.

Die Praxisrelevanz der theoretisch hoch entwickelten und empirisch aufwendigen Kriegsursachenforschung ist somit zumindest für die Konfliktprävention deutlich verbesslungsfähig. Es ist sicher richtig, dass andere Bereiche der FKF wichtige Beiträge zur Praxis geleistet haben und viele der maßgeblichen Akteure auch immer wieder den Austausch mit der Praxis suchen und dies in größerem Ausmaß, als es im Feld der klassischen IB üblich ist. Die Dominanz der positivistischen und klar quantitativ-orientierten Forschung in den führenden internationalen Zeitschriften wirft jedoch die Frage auf, ob es einen ausreichenden Dialog innerhalb der Friedensforschung zwischen den eher quantitativ und den eher qualitativ orientierten Forschern gibt. Quantitative Forschung ist nicht *per se* praxisfern, ebenso wie auch qualitative Forschung nicht notwendigerweise praxisnah ist. Angesichts des zentralen Anspruchs der Friedensforschung, konkrete Wege zu einer friedlicheren Welt aufzuzeigen, bedarf es jedoch eines stärkeren Austausches oder gar der Integration beider methodischer Ansätze. Die IB-Forschung könnte von einem solchen Beitrag profitieren, da sich ein nicht unerheblicher Teil der Forschung im Kernbereich der IB mittlerweile auf die institutionelle, prozedurale und normative Makro-Ebene konzentriert, aus der sich nur schwer Erkenntnisse darüber ableiten lassen, wie eigentlich Lernen und Entscheidungen in der Außenpolitik verbessert werden können.

6. Schlussfolgerungen

Normative, theoretische und praxeologische Defizite von Forschungsprogrammen sowie verwandten Disziplinen sind eng miteinander verbunden. Die Abgrenzung von bestimmten Ansätzen, Akteuren und Handlungszielen ist wissenschaftssoziologisch für die Etablierung eines »Projekts« notwendig, birgt jedoch immer das Risiko, wichtige wissenschaftliche Erkenntnisse aus benachbarten Forschungsfeldern zu übersehen, unangenehme Fragen zu verdrängen und die eigene Wirkung in der politischen Realität falsch einzuschätzen. Die Friedensforschung sollte angesichts ihres interdisziplinären und normativen Anspruchs besser in der Lage sein, dieses Risiko zu vermeiden, zumindest im Vergleich zu klassischen Disziplinen wie der

Soziologie, Psychologie oder der Politikwissenschaft. Dass dies nicht immer gelungen ist, sollte meine Kritik am Forschungstand im Bereich Frühwarnung und Konfliktprävention aufzeigen. Dennoch kann die Friedensforschung einen wichtigen Beitrag zur Debattierfähigkeit und Kohärenz der IB leisten, die sich immer weiter ausdifferenziert und von einem Feld zum nächsten wandelt. Um diesen Beitrag leisten zu können, sollte die FKF meiner Ansicht nach verstärkt auf Erkenntnisse aus Teildisziplinen der IB zurückgreifen von denen sie sich traditionell eher abgegrenzt hat – insbesondere *Intelligence, Security* und *War Studies*. Es wäre jedoch ein grosser Verlust, wenn sie bei dieser Rezeption die Kritikfähigkeit verlierte und zur blossen Forschung *über* statt auch *für* den Frieden verblasst, die bereits in der IB betrieben wird und normativ keinesfalls unproblematisch ist. Allerdings muss glaubwürdige Forschung für den Frieden sich der eigenen *biases* in der Wahrnehmung von Problemen bewusst sein, normative und praxeologische Zielkonflikte von Friedenspolitik reflektieren sowie die Möglichkeiten und Grenzen der wissenschaftlichen Politikberatung verstehen. Mein Beitrag sollte zeigen, dass die FKF zumindest in dem Bereich Konfliktprävention viel von der IB und ihren Teilbereichen lernen kann. Dazu gehören nicht nur Erkenntnisse über politische Beratungs- und Entscheidungsprozesse in der Außenpolitik, sondern auch die Frage, wo eine wissenschaftlich belegbare Aufforderung zum Lernen aufhört und wo politisch legitime Debatten über Prioritäten, Werte und Risikoverteilung in Demokratien und transnationalen Räumen anfangen.

Literatur

- Brante, John 2011: A European Strategic Surprise: Analysis and Warning in the EU before the Russo-Georgian Five-Day War of 2008, King's College, London.
- Brzoska, Michael 2012: Friedensforschung und Internationale Beziehungen – Lob der Verschiedenheit, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 19: 1, 127-141.
- Brihl, Tanja 2012: Friedensforschung als »Superwissenschaft« oder Sub-Disziplin? Zum Verhältnis der Friedens- und Konfliktforschung und der Internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 19: 1, 171-183.
- Carment, David/Schnabel, Albrecht (Hrsg.) 2003: Conflict Prevention: Path to Peace or Grand Illusion?, United Nations University Press, New York, NY.
- Clarke, John N. 2005: Early Warning Analysis for Humanitarian Preparedness and Conflict Prevention, in: Civil Wars 7: 1, 71-97.
- Czwarno, Monica 2006: Misjudging Islamic Terrorism: The Academic Community's Failure to Predict 9/11, in: Studies in Conflict & Terrorism 29: 7, 657-678.
- Deibel, Tobias/Fischer, Martina 2001: Krisenprävention in einer gewaltträchtigen Welt. Was kann europäische und deutsche Entwicklungspolitik leisten?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B: 12, 14-23.
- Foresight 2011: Does Foresight Matter? Early Warning and Conflict Prevention (2008-2011), European Research Council Grant No 202022, in: <http://www.kcl.ac.uk/sspp/departments/warstudies/research/groups/foresight/index.aspx>; 18.03.2012.

- George, Alexander L./Holl, Jane E.* 1997: The Warning-Response Problem and Missed Opportunities in Preventive Diplomacy: A Report to the Carnegie Commission on Preventing Deadly Conflict, Carnegie Corporation, Washington, DC.
- Gleditsch, Kristian Skrede/Ward, Michael* 2010: Issues and Evolution in Forecasting Interstate Disputes (Paper für die ISA Annual Conference, New Orleans, 17.-20.02.2010).
- Goldstone, Jack A./Bates, Robert H./Epstein, David L./Gurr, Ted Robert/Lustik, Michael B./Marshall, Monty G./Ulfelder, Jay/Woodward, Mark* 2010: A Global Model for Forecasting Political Instability, in: American Journal of Political Science 54: 1, 190-208.
- Harff, Barbara/Gurr, Ted R.* 1998: Systematic Early Warning of Humanitarian Emergencies, in: Journal of Peace Research 35: 5, 551-579.
- Harff, Barbara* 2003: No Lessons Learned from the Holocaust? Assessing Risks of Genocide and Political Mass Murder since 1955, in: American Political Science Review 97: 1, 57-73.
- Hegre, Havard/Sambanis, Nicholas* 2006: Sensitivity Analysis of Empirical Results on Civil War Onset, in: Journal of Conflict Resolution 50: 4, 508-535.
- Jervis, Robert* 1976: Perception and Misperception in International Politics, Princeton University Press, Princeton, NJ.
- Jervis, Robert* 2008: Bridges, Barriers, and Gaps: Research and Policy, in: Political Psychology 29: 4, 571-592.
- Kuperman, Alan J.* 2008: The Moral Hazard of Humanitarian Intervention: Lessons from the Balkans, in: International Studies Quarterly 52: 1, 49-80.
- Lund, Michael S.* 2002: From Lessons to Action, in: Malone, David/Hampson, Fen Osler (Hrsg.): From Reaction to Conflict Prevention: Opportunities for the UN-System, Boulder, CO, 159-182.
- Matthies, Volker* 2000: Krisenprävention. Vorbeugen ist besser als Heilen, Opladen.
- Mateeva, Anna* 2006: Early Warning and Early Response: Conceptual and Empirical Dilemmas, Den Haag, European Centre of Conflict Prevention.
- May, Ernest R./Zelikow, Philip D.* 2006: Introduction: Seven Tenets, in: *May, Ernest R./Zelikow, Philip D.* (Hrsg.): Dealing with Dictators: Dilemmas of U.S. Diplomacy and Intelligence Analysis: 1945-1990, Cambridge, MA, 4-13.
- Meyer, Christoph O./Otto, Florian/Brante, John/De Franco, Chiara* 2010: Re-Casting the Warning-Response-Problem: Persuasion and Preventive Policy, in: International Studies Review 12: 4, 556-578.
- Meyer, Christoph O./Brante, John/De Franco, Chiara/Otto, Florian* 2011: »Why Don't They Listen?«: Analysing the Warning-Response Gap in Conflict Prevention (Paper für die ISA Annual Conference, Montreal, 15.-18.03.2011).
- Meyer, Christoph O./Brante, John/De Franco, Chiara/Otto, Florian* 2013: Warning About War: Intra-State Conflict and the Warning-Response Gap, i.E.
- Müller, Harald* 2000: Do Not Send the Marines! Plädoyer für die Einrichtung eines Ministeriums für Krisenprävention, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 41: 9, 232-247, in: <http://www.inwent.org/E+Z/1997-2002/ez1900-1993.htm>; 17.03.2012.
- Nyheim, David* 2009: Preventing Violence War and State Collapse: The Future of Conflict Early Warning and Response (OECD – DAC), Paris.
- O'Brien, Sean P.* 2002: Anticipating the Good, the Bad, and the Ugly: An Early Warning Approach to Conflict and Instability Analysis, in: Journal of Conflict Resolution 46: 6, 491-811.
- Stedman, Stephen John* 1995: Alchemy for a New World Order: Overselling »Preventive Diplomacy«, in: Foreign Affairs 74: 3, 14-20.
- Stengel, Frank A./Weller, Christoph* 2010: Action Plan or Faction Plan? Germany's Eclectic Approach to Conflict Prevention, in: International Peacekeeping 17: 1, 93-107.
- Wallenstein, Peter* 1998: Acting Early: Detection, Receptivity, Prevention and Sustainability. Reflecting on the First Post-Cold War Period, in Klaas van Walraven (Hrsg.): Early Warning and Conflict Prevention: Limitations and Opportunities, Den Haag, 83-99.

- Weller, Christoph* 2007: Themen, Fragestellungen und Perspektiven der Forschung zu ziviler Konfliktbearbeitung, in: Weller, Christoph (Hrsg.): Zivile Konfliktbearbeitung. Aktuelle Forschungsergebnisse (INEF-Report 85/2007), Duisburg, Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen, 69-74.
- Weller, Christoph* 2008: Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Politische Herausforderungen und der Aktionsplan der Bundesregierung, in: Schlotter, Peter/Nolte, Wilhelm/Grasse, Renate (Hrsg.): Berliner Friedenspolitik? Militärische Transformation – Zivile Impulse – Europäische Einbindung, Baden-Baden, 109-136.
- Woocher, Lawrence* 2008: The Effects of Cognitive Biases on Early Warning, in: Bridging Multiple Divides (Paper für die ISA Annual Conference, San Francisco, 26.-29.03.2008).
- Woocher, Lawrence* 2011: Conflict Assessment and Intelligence Analysis: Commonality, Convergence, and Complementarity, U.S. Institute for Peace, Washington, D.C.
- Zartman, William I.* 2005: Cowardly Lions: Missed Opportunities to Prevent Deadly Conflict and State Collapse, Boulder, CO.